

Gute und kostenfreie Bildung für alle – auch in Wiesbaden!

DIE LINKE.
Kreisverband Wiesbaden

Der Zugang zu Bildung sollte eine Selbstverständlichkeit sein und nicht davon abhängig, ob Mensch ihn sich leisten kann. Das hat auch mal die SPD so gesehen. Das war wohl auch der Grund, weshalb sich die



Foto: pixelio

Wiesbadener SPD noch im 2008 am „Runden Tisch für den Erhalt einer guten Kindertagesbetreuung“ dafür ausgesprochen hat, dass Kinderbetreuung perspektivisch kostenfrei sein soll. Doch kaum an der Macht, will sie davon nichts mehr wissen. Was ein großer Fortschritt für Wiesbaden hätte werden können, endet als Bettvorleger der Großen Koalition: Ab 2012 sollen Eltern laut CDU und SPD noch stärker zur Kasse gebeten werden. Für einen Krippenplatz müssen sie dann 250 Euro statt wie bisher 190 Euro zahlen, ein Elementarplatz wird dann 160 Euro statt 140 Euro kosten. Auch Eltern von Schulkindern müssen sich auf höhere Gebühren einstellen: Für einen Betreuungsplatz an einer Grundschule werden 160 Euro fällig! Gebührenerhöhungen dienen der Festigung einer Politik, die sich weigert, diejenigen in die Pflicht zu nehmen, die ausreichend zur Finanzierung beitragen könnten. Die Folge sind chronisch klamme Kommuni-

nen. Dabei sind Gebühren unsozial: Wer wenig verdient, muss von seinem Einkommen prozentual mehr aufbringen. Sie sind aber auch unnötig: Würden Kommunen durch eine sozial gerechte Steuerpolitik wieder handlungsfähig, könnten sie sich den Ausbau der Krippenplätze leisten und die Gebühren schrittweise abschaffen.

Unsozial ist auch, dass die Koalition für Bauvorhaben (Platz der deutschen Einheit 50 Mio. €) oder die Ansiedlung einer Hochschule für die „Geld-Elite“ (European Business School 10 Mio. €) Geld verschenkt, für den Ausbau von Bildungseinrichtungen aber die Eltern zur Kasse bittet. Das Motto lautet: Bögl und EBS statt Bildung!

Schulkinder auch nachmittags an der Schule: nicht zu diesen Bedingungen!

Die Schulkinderbetreuung in den Kindertagesstätten soll in 1500 Krippenplätze umgebaut werden. Dafür wird die Betreuung an den Grundschulen ausgebaut. Die Koalition spricht von einer Brücke in die Ganztagschule. Wann das Land Hessen tatsächlich Ganztagschulen für alle Kinder bereit hält, ist vollkommen unklar. Es ist also eine Brücke ins Nirgendwo. Unklar ist auch, woher das Personal für die Krippenplätze kommen soll. Zum Vergleich: Laut hessischer Mindestverordnung dürfen 2 Erzieher_innen maximal 10 Krippenkinder betreuen. Bei Horteinrichtungen sind es 1,5 Fachkräfte auf 20 Kinder. Für die Schaffung von 1500 Plätzen werden demnach 300 Erzieher_innen benötigt. Durch den geplanten Wegfall der Schulkinderbetreuung werden aber nur 112 Erzieher_innen „frei“.

SPD und CDU haben also ein Personalproblem und versuchen es teilweise über die Grundschule zu lösen. Die Mindestverordnung gilt dort nämlich nicht. So würden qualitativ gute Kinderbetreuungsplätze durch fragwürdige Konstruktionen ersetzt, denn es ist davon auszugehen, dass das favorisierte Modell die

Elternvereine sein werden. Nebenbei verschwinden nicht nur die Horte, sondern auch die Kindergemeinschaftsgruppen von der Wiesbadener Betreuungslandschaft.

Keine Perspektive für die Beschäftigten

Wer Personal braucht, sollte mit dem vorhandenen ordentlich umgehen, Arbeitsbedingungen und Bezahlung verbessern, damit mehr Menschen den Beruf der Erzieher_in ergreifen wollen. Seit Jahren wird darüber nur geredet. Hinzu kommt, dass nach der Diskussion um die Privatisierung der Kindertagesstätten nun auch die neue Koalition die Beschäftigten in den Kindertagesstätten verunsichert und nicht beteiligt. Zugleich zeigt sich, worin das eigentliche Problem besteht: Ein kompletter Gesellschaftsbereich, der sich um die Zukunft und den Fortbestand unserer demokratischen Gesellschaft kümmert, wird nicht ernst genommen.

Man möchte der Großen Koalition zurufen: Ihr wollt mehr Erzieher_innen? Dann wertet endlich den Beruf auf und fangt am besten damit an, Menschen, die seit Jahrzehnten eine hochwertige Schulkinderbetreuung bieten, als das zu betrachten was sie sind: Die Expert_innen.

Widerstand lohnt sich!

Auch die vorherige Koalition aus CDU, FDP und Grünen hatte „Großes“ vor. Der Plan der Jamaika-Koalition, die Kindertagesstätten zu privatisieren, auszugliedern oder in eine Stiftung zu überführen, scheiterte letztlich am massiven Widerstand der Eltern und der Beschäftigten. Der „Runde Tisch zum Erhalt einer guten Kinderbetreuung“ wurde ins Leben gerufen. Grundsätze wurden entwickelt, die eine echte Verbesserung der Qualität in diesem Bereich bedeuten würden. All dies war möglich, weil Erzieherinnen und Erzieher, Eltern aber auch Parteien und Gewerkschaften, die an einer wirklichen Verbesserung der Situation interessiert waren, zusammen gearbeitet haben. Wir sollten an diesen guten Erfahrungen anknüpfen um auch dieses Mal die Vorhaben, die zu einer Ver-

schlechterung der Betreuungssituation führen würden, zu verhindern. Aber auch um weiterhin die Finger in die Wunde der wirklichen Problem zu legen und eine nachhaltige Aufwertung dieses Bereiches zu erreichen.



Interessierte, die sich gegen die geplanten Veränderungen zur Wehr setzen möchten, können sich bei uns melden:

DIE LINKE.Wiesbaden
Römerberg 9, 65183 Wiesbaden
Telefon 0611-3086498
Mail: kreisverband@dielinke-wiesbaden.de

DIE LINKE.
Kreisverband Wiesbaden

**FÜR SOLIDARITÄT UND FREIE BILDUNG –
VON ANFANG AN!**